

Generalversammlung Bâloise-Holding vom 28. April 2006

Referat Dr. Rolf Schäuble Präsident des Verwaltungsrats

Wir sind in Form und fit für den Gipfel.

Dies ist der kürzeste Nenner für den aktuellen Zustand der Bâloise.

Taugt er auch für den aktuellen Zustand unseres Landes?

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre

Meine Damen und Herren

Willkommen zur diesjährigen Generalversammlung der Bâloise-Holding.

Ich begrüsse unsere 56 Lehrlinge des 2. Lehrjahrs aus der ganzen Schweiz und freue mich, dass sie sich für den heutigen Anlass interessieren. Ich bin sehr stolz, dass die Bâloise-Gruppe 326 Lehrlingen, Trainees und Praktikanten die Chance bietet, erste Berufserfahrungen zu sammeln.

Ich eröffne damit die 43. ordentliche Generalversammlung der Bâloise-Holding.

Artikel 689e des Obligationenrechts verpflichtet Depotvertreter, dem Versammlungsleiter die Anzahl und die Art der von ihnen vertretenen Aktien bekannt zu geben. Ich bitte deshalb Depotvertreter, die diese Angaben noch nicht gemeldet haben, dies jetzt nachzuholen. Das Kontrollbüro befindet sich im Foyer, einen Stock tiefer.

Referat Dr. Rolf Schäuble
Präsident des Verwaltungsrats

Bevor wir die statutarischen Traktanden behandeln, werde ich mich zu 3 Themenkreisen äussern:

- Zur Bâloise aus Sicht des Verwaltungsrats
- Zur Branche aus Sicht der Bâloise
- Zur Schweiz aus Sicht von Rolf Schäuble

Frank Schnewlin wird danach das Geschäftsergebnis 2005 und die Prioritäten des Managements erläutern.

Zuerst zur Bâloise

Dass wir uns mittlerweile in eisigen Höhen und steilen Felswänden bewegen, konnten Sie dem eingangs gezeigten Film entnehmen. Er illustriert sehr plastisch das aktuelle Umfeld: das Wetter ist nicht besonders schön; es bläst ein steifer Wind, die Aufstiegsroute ist nicht Jedermanns Sache – und nicht alle Versicherer werden ankommen. Aber: Wir haben ein klares Ziel, sind entschlossen und fähig. Der Gipfel lockt, die Aussicht von dort oben soll verheissungsvoll sein.

Seit fast drei Jahren verwenden wir das Bergmotiv des Gipfelsturms, um unseren Führungskräften und Mitarbeitenden bildlich unsere Ziele und Ansprüche zu erläutern.

Wir sind fit und gut unterwegs zum Gipfel; dies belegen unsere Geschäftsergebnisse. Mit dem Gewinn von 404 Mio. CHF haben wir die Marke von 2001 erreicht, dem Jahr vor dem Börsencrash. Wir sind nicht nur ertragsreich, sondern auch grundsolide: das Eigenkapital und die Solvabilität stiegen wieder markant.

Dank dem hervorragenden Ergebnis können wir Ihnen eine gegenüber dem letzten Jahr verdoppelte Bar-Dividende von CHF 2.20 vorschlagen.

Referat Dr. Rolf Schäuble
Präsident des Verwaltungsrats

Im Aktionärsbrief unseres Geschäftsberichts wurde ich nach meinem Höhepunkt des Jahres 2005 gefragt. Als Versicherer mit Leib und Seele zögerte ich keinen Moment. Ich bin äusserst stolz darauf, dass wir den vielen Geschädigten der fürchterlichen Überschwemmungen so effizient helfen konnten. Wir sind zwar ein kommerzielles und an der Börse kotiertes Unternehmen und haben die hohen Ansprüche unserer Kapitalgeber zu erfüllen. Aber wir dürfen nie vergessen, dass wir für die Gemeinschaft auch solche Situationen verkraften müssen. Dass wir beides unter einen Hut bringen konnten, zeugt von unserer ausgezeichneten Verfassung.

Seit 2002 haben wir hart gearbeitet. Das vorgelegte Ergebnis und die Eigenkapitalrendite hat uns in dieser Höhe niemand zugetraut. Dies ist uns lieber, als umgekehrt.

Wir sind auf die Erfolgsstrasse zurückgekehrt - aus eigener Kraft. Wir haben zu keinem Zeitpunkt unsere Aktionäre nach Kapital angebettelt. Und wir sind jetzt der erste Versicherer des Swiss Market Index, der seinen Aktionären Kapital zurückzahlt.

Unsere Politik war und ist, das uns anvertraute Kapital im Interesse der Eigentümer verantwortungsvoll und effizient einzusetzen.

Ich werte es als Zeichen Ihres Vertrauens, dass der Kurs der Bâloise-Aktie im Jahr 2005 um über 46% anstieg, um gut 10 Prozent-Punkte über dem für uns massgeblichen Branchenindex der Schweizer Börse und über der Leistung des Swiss Market Index.

Im Namen des Verwaltungsrates danke ich der Konzernleitung unter der Führung von Frank Schnewlin und allen Mitarbeitenden herzlich für ihren grossen Einsatz.

Ich danke ganz besonders auch Ihnen, geschätzte Aktionärinnen und Aktionäre, für die Treue, die Sie mit Ihrem Investment in Ihre Bâloise, in unser Unternehmen demonstrieren.

Referat Dr. Rolf Schäuble
Präsident des Verwaltungsrats

Was können Sie in den nächsten Jahren von uns erwarten?

Das Jahr 2006 hat in den ersten knapp vier Monaten weitgehend nach unseren Erwartungen begonnen. Das Geschäftsvolumen entwickelt sich allgemein positiv, wobei die neuen Produkte in einzelnen Märkten gut ankommen. Die tiefen Zinsen dämpfen weiterhin das Wachstum bei den klassischen Lebensversicherungen. Der Schadenverlauf ist normal. Das Bankgeschäft in der Schweiz verläuft gut, auch die Zusammenarbeit zwischen Versicherung und Bank.

Bis 2008 streben wir eine Eigenkapitalrendite von 15% an. Für diesen nächsten Meilenstein, der uns ganz weit nach oben bringen wird, werden wir wiederum hart arbeiten müssen. Dieser Gipfel heisst herausragende, dauerhafte Ertragsstärke. So sichern wir die langfristige Zukunft der Bâloise.

Lassen Sie mich die Grundgedanken zu diesem Anspruch kurz erläutern. Frank Schnewlin wird in seinem Ausblick erklären, was dies in der Praxis bedeutet. Sie sind die Eigentümer der Bâloise. Sie sollen also auch verstehen, welche Überlegungen hinter unseren Prioritäten stehen.

In den vergangenen vier Jahren legten wir das Schwergewicht auf die Verbesserung der operativen Ertragskraft. Wir lancierten unsere Initiative unter dem Namen "Operative Exzellenz", um die Unternehmung wieder auf das Erzielen nachhaltiger Erträge aus dem Versicherungskerngeschäft zu fokussieren. Dies war die Erkenntnis aus dem damaligen Börsencrash. Heute können wir beweisen, dass wir damit erfolgreich waren und unser Ziel erreicht haben, nämlich eine Eigenkapitalrendite von mindestens 10%. Wir legen den Fokus auch in Zukunft darauf, die operative Ertragskraft zu steigern, und wir werden hier weitere Fortschritte machen.

Aus dem Börsencrash haben wir aber auch gelernt, dass wir in einer Aufschwungphase zunehmend die entsprechenden Gewinne realisieren müssen, anstatt diese bei der nächsten Marktkorrektur wieder zu verlieren.

Nun, der Aufschwung an den Börsen dauert bereits wieder drei Jahre, und wir werden jetzt beginnen, unsere Aktienquote an die Marktentwicklungen anzupassen. Damit wollen wir eine zusätzliche Steigerung der Eigenkapitalrendite erreichen.

Referat Dr. Rolf Schäuble
Präsident des Verwaltungsrats

Auf der Basis dieser Philosophie und unter der Annahme, dass sich die Aktienmärkte weiterhin positiv entwickeln werden, streben wir also bis zum Jahr 2008 eine Eigenkapitalrendite von 15% an.

Ich komme damit zum zweiten Teil meines Referats, einigen Reflexionen:

Zur Lage der Versicherungsbranche.

Die Versicherungsbranche hat wieder gut Tritt gefasst und die hausgemachten wie marktbedingten Herausforderungen der letzten Jahre überwunden. In den verschiedenen Naturkatastrophen weltweit und in der Schweiz hat sie ihre Leistungskraft und ihre enorme volkswirtschaftliche Bedeutung eindrücklich bestätigt. Viele Unternehmen – nicht nur die Bâloise – haben hinsichtlich Wettbewerbsfähigkeit, Effizienz und Ertragsstärke deutlich an Statur gewonnen. Dennoch wissen wir, dass die Branche teilweise das Vertrauen ihrer Kunden noch nicht vollständig zurückgeholt hat, das sie im Zuge des Börsencrashes und der verschiedenen Management-Skandale vor ein paar Jahren verloren hat. Diesbezüglich kann ich nur für die Bâloise sprechen und versichern, dass wir alle mit grösster Redlichkeit und höchstem Bemühen am Werk sind.

Meinen kurzen Blick auf unsere Branche komplettiere ich mit einigen zentralen Anliegen. Nach dem Ende des Versicherungskartells in den 1990er Jahren begann eine wohltuende Phase der Deregulierung. Die Branche nutzte diese neue Freiheit zum grössten Teil verantwortungsvoll. Angesichts der stark veränderten Marktbedingungen und der gesellschaftlichen Umwälzungen besteht jetzt aber wieder ein Trend zur Re-Regulierung, der uns nicht nur Freude bereitet. Wir begrüssen vertrauensbildende Regulierungen wie den Swiss Solvency Test, der glaubwürdigere Regeln aufstellt für die Bildung von Eigenkapital zur Absicherung unserer Versicherungsrisiken. Unnötige Einschränkungen wie der Unisex-Tarif in Deutschland oder Vorschriften, die Pseudotransparenz herstellen, lehnen wir ab.

Referat Dr. Rolf Schäuble
Präsident des Verwaltungsrats

Aus Sicht der Bâloise habe ich **drei Postulate**:

Erstes Postulat

Der Mindestzinssatz bei der beruflichen Vorsorge gehört abgeschafft. Er ist überflüssig, weil es bereits die Mindestquote – die sogenannte "Legal Quote" - gibt, nach der wir 90% der Erträge aus den Risiko-, Spar- und Kostenprozessen an die Kunden zuweisen, als Versicherungsleistungen, als Verstärkung der Reserven oder als Zuweisung in den Überschussfonds. Der Mindestzins setzt zudem die falschen Zeichen, weil er uns zu übervorsichtigem Verhalten bei den Kapitalanlagen zwingt, mit der Folge, dass kleinere Renditen daraus resultieren. Diese fehlen dann bei der Äufnung des Deckungskapitals der Versicherten.

Zweites Postulat

Ebenfalls bei der beruflichen Vorsorge muss der Renten-Umwandlungssatz reduziert werden, und zwar von den ursprünglichen 7.2% auf 6%. Die Begründung dafür müsste eigentlich jedermann verstehen: die Leute werden immer älter, und das gleiche Deckungskapital muss demnach für einen längeren Zeitraum reichen.

Bei beiden Postulaten verläuft der Prozess eher schleppend, womit wir gar nicht zufrieden sind.

Drittes Postulat

Die Aktivitäten der SUVA müssen klarer definiert werden, damit sich die Monopolanstalt nicht beliebig in den freien Versicherungsmarkt ausbreiten kann. Als absolut inakzeptabel und als Witz des Jahres muss man das Ansinnen des Bundesrats quittieren, die Geschäftstätigkeit der SUVA auszuweiten, zum Beispiel in die Vermögensverwaltung. Gerade hier war sie ja besonders erfolgreich, wie ihre kürzlichen Immobilienskandale belegen.

Referat Dr. Rolf Schäuble
Präsident des Verwaltungsrats

Ich komme nun zum dritten Teil meines Referats, nämlich

Zur Lage der Schweiz.

Meine Damen und Herren

Ich wiederhole meine eingangs gestellte Frage: **"Ist die Schweiz fit für den Gipfel"**? Ist sie in der Lage, auch in Zukunft einen internationalen Spitzenplatz zu besetzen? Ich komme damit zu meinem wirtschaftspolitischen Exkurs, an dem ich seit 13 Jahren festhalte, und den erst mein Nachfolger abschaffen kann.

Am 6. Januar 2006 – an der Jahresmedienkonferenz des SECO – war sein Chef Jean-Daniel Gerber guten Mutes. Er verkündete, man könne positiv in die Zukunft schauen. So weit, so gut.

Die Schweiz ist ein geachtetes, wohlhabendes Land mit vielen positiven Seiten und Errungenschaften. Im Vergleich zu anderen Ländern haben wir ein vielfältiges Bildungssystem, einen flexiblen Arbeitsmarkt, recht gute Rahmenbedingungen für internationale Firmen, vernünftige Steuersätze, eine hohe Lebensqualität und eine Fussballmannschaft, die an die WM nach Deutschland darf.

Dessen sind wir uns bewusst, dies schätzen wir, und dafür sind wir dankbar.

Aber, meine Damen und Herren: darf man frohen Mutes in die Zukunft schauen, bei einem voraussichtlichen Wirtschaftswachstum, das deutlich unter demjenigen der OECD-Länder liegt?

Kann man den Wohlstand halten und international an der Spitze bleiben ohne zu wachsen und ohne etwas dafür zu tun?

Meine Antwort ist: Nein!

Referat Dr. Rolf Schäuble
Präsident des Verwaltungsrats

Hier vorerst drei Befunde, die nicht von mir stammen.

Befund 1

Der neuste Länderbericht der OECD attestiert der Schweiz – einmal mehr – Wachstumsschwäche und mangelnde Kontrolle der öffentlichen Finanzen. Er empfiehlt insbesondere mehr Wettbewerb, vor allem im Binnenmarkt, Steigerung der Produktivität und die Reform der Sozialwerke.

Befund 2

Das Institut der deutschen Wirtschaft, die Wirtschaftskammer Österreich und Avenir Suisse analysierten im November 2005 die Reformdynamik in den drei Ländern. Die Schweiz fällt in ihren sozial- und wirtschaftspolitischen Reformbemühungen hinter die Nachbarn zurück. Nicht die aktuelle wirtschaftliche Verfassung der Schweiz ist das Problem, sondern die Abwesenheit eines klaren Reformwillens. Die Reform der Sozialwerke wird nur zaghaft angegangen und endet in Verteilkämpfen. Als Folge nimmt die öffentliche Verschuldung weiter zu.

Befund 3

Im Auftrag von Avenir Suisse haben sich 35 namhafte Ökonomen zum Reformpaket des Bundesrats geäußert. Dieses wird vor allem kritisiert, weil unter den 17 Massnahmen keine Prioritäten zu erkennen sind. Bei den Experten herrscht kein Zweifel: der Weg führt über "mehr sparen" und "mehr Wettbewerb".

Soviel zu unverdächtigen, neutralen Meinungen.

Für die Misere sehe ich die folgenden Ursachen:

Referat Dr. Rolf Schäuble
Präsident des Verwaltungsrats

1. Der helvetische Föderalismus

Der Föderalismus heutiger Prägung ist der letzte Dinosaurier. Er steht für das Prinzip "Linke Tasche, rechte Tasche" oder – was mehr der Realität entspricht – "Rechte Tasche, linke Tasche". Umverteilung ohne Wertschöpfung. Er hat sich von seiner Grundidee, der Effizienz durch Subsidiarität, meilenweit entfernt. Er ist für unser Land äusserst schädlich, nicht mehr finanzierbar und gehört deshalb abgeschafft. Wenn die Schweiz dereinst aus 5-7 kantonsähnlichen Gebietskörperschaften besteht und Gemeinden unter 5'000 Einwohner zusammengelegt sind, kann alleine an Personalkosten rund 1.2 Milliarden eingespart werden. Die Vereinheitlichung der föderalen Bildungs-, Sozial-, Steuer-, Sicherheits- und anderer Systeme bringen Einsparungen von mindestens 6 Milliarden jährlich. In der Politik können 140 Regierungsräte und 9'000 Kantons- und Regionalpolitiker schlichtweg eingespart werden. Die Entscheidungswege werden wesentlich kürzer und bringen weitere 4 Milliarden an tieferen Kosten. Ich stelle es Ihnen anheim zu beantworten, wie lange sich die Schweiz diese Wachstumsbremse noch leisten kann – bei einem jährlichen Wirtschaftswachstum von 1.7%.

Die Politiker werden den Schweizer Föderalismus sicher nicht abschaffen, denn sie profitieren direkt davon.

Und wie steht es hier mit dem Reformwillen? Weitgehend Fehlanzeige. Die Schweiz hat, im Gegensatz zu vielen europäischen Staaten, seit ihrer Gründung keine umfassende Gebietsreform durchgeführt. Seit 1848 hat die Zahl der Gemeinden von 3'203 Gemeinden nur gerade um 323 abgenommen. Auf Anfang 2006 haben lediglich 36 Zusammenschlüsse stattgefunden, trotz verschiedener Anreize. Bei den Kantonen hat man die Anzahl gar noch erhöht.

Fusionen bringen indessen nicht nur auf der Kostenseite etwas. Vielmehr eröffnen sie Perspektiven für Wachstum, weil die Mittel dadurch effizienter und professioneller eingesetzt werden.

Referat Dr. Rolf Schäuble
Präsident des Verwaltungsrats

Drei ausgewählte föderalistische Blüten will ich Ihnen nicht vorenthalten:

Erstes Beispiel

Die in einigen Kantonen verordneten Tempolimiten im Zusammenhang mit dem Feinstaub haben definitiv bewiesen, dass die Schweiz ein ganz besonderes Land ist: denn hier gehören auch die Luftsäulen den Kantonen, und der Staub macht sich aus dem Staub, wenn er die Kantonsgrenze überschreitet.

Zweites Beispiel

Die Schweiz hat eine der höchsten Dichten an Computern und Internetanschlüssen. Doch die öffentliche Verwaltung nutzt die Möglichkeiten kaum. Das Rad wird tausendmal erfunden: Jeder der 26 Kantone und viele der 2'800 Gemeinden sowie die Bundesämter leisten sich ihre eigenen Systeme. Nach einer Studie der Europäischen Kommission in 29 Ländern über den Ausbaustandard von Internetservices in der öffentlichen Verwaltung belegt die Schweiz nur Rang 20 – gerade noch vor Lettland.

Drittes Beispiel

Als pflichtbewusste Bürger und Einwohner dieses Landes nehmen wir es ernst mit den Gesetzen. Und die vielen Beamten tun nur ihre Pflicht. Wie der Amtsschimmel jährlich über die Firma Victorinox herfällt, dokumentiert die "Weltwoche" Nr. 22 des Jahres 2005: Das Unternehmen muss Auflagen und Vorschriften von über 70 eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Ämtern, Fachstellen, Verbänden etc. erfüllen.

"Souverän in den Abgrund", könnte man dieses Kapital auch betiteln.

Referat Dr. Rolf Schäuble
Präsident des Verwaltungsrats

2. Die öffentlichen Finanzen

Nirgends gibt es so viel Scheinheiligkeit wie hier. Denn es gibt kaum einen Politiker, der nicht das Hohelied vom Sparen sänge. Die Realität ist ganz anders.

Von 1990 bis 2005 stieg das Bruttoinlandprodukt um knapp 40%. Die Ausgaben wuchsen im gleichen Zeitraum um gut 70%. In derselben Zeit haben sich die Schulden des Bundes mehr als verdreifacht, auf 130 Milliarden. Schätzungen für alle drei Ebenen des Gemeinwesens lauten auf Schulden von rund 320 Milliarden Franken, das sind rund 43'000 Franken pro Kopf der Bevölkerung, vom Säugling bis zum Greis. Konsternierende Prognose der Eidgenössischen Finanzverwaltung: Der Schweizer Schuldenberg wächst täglich um 15 Millionen Franken. Mit dem gleichen Betrag wäre die Finanzierung des neuen, EM-tauglichen Stadions Letzigrund in Zürich innerhalb von 7 Tagen sichergestellt, oder eben auch die Finanzierung der Sicherheitskosten der Fussball-EM 2008. Hier liefert sich die Schweizer Politgarde lieber ein peinliches Spektakel auf der internationalen Showbühne.

Angeblich, meine Damen und Herren, grassiert in der Schweiz die Sparwut, das "Totsparen" und "Abwracken" des Staates. Seit 2001 zwingt die vom Volk klar angenommene Schuldenbremse zu einem ausgeglichenen Staatshaushalt. Daran hält sich niemand, der in diesem Land politisch Verantwortung zu tragen hätte. Neben dieser Respektlosigkeit gegenüber dem demokratischen Willen ist der schwache Punkt der viel zu optimistische Finanzplan, der als Messlatte dient. Ein alter, aber leicht durchschaubarer Taschenspielertrick.

Dass es anders geht, demonstrieren Belgien, Spanien oder Finnland, die in wenigen Jahren schuldenfrei dastehen werden.

Stark zugenommen hat auch die Subventionstätigkeit. Die einschlägige Datenbank umfasst über 600 Positionen. Im Jahr 2005 flossen 31 Milliarden an Heere von Subventionsempfängern. 1990 waren es noch 17 Milliarden. Auch hier war das Wachstum mit 80% über demjenigen des Brutto-Inlandprodukts. Was Wunder, wenn man weiss, dass die dringlich zu deregulierende Landwirtschaft bei einem Anteil am BIP von 1.2% insgesamt 34 Parlamentssitze hält. Wäre beispielsweise die IT-Branche gleich stark übergewichtet, müsste sie mit einem BIP-Anteil von 8% total 227 Sitze haben. In Tat und Wahrheit ist es ein einziger.

Referat Dr. Rolf Schäuble
Präsident des Verwaltungsrats

Die Staatsquote – sie misst die Ausgaben der öffentlichen Gemeinwesen aller drei Stufen, inklusive Sozialversicherung, im Verhältnis zum BIP – diese Staatsquote also stieg seit 1990 rasant von 30% auf 36%. Die Quote der EU der Fünfzehn ist – zwar auf höherem Niveau – konstant geblieben. Die verhältnismässige Position der Schweiz hat sich wesentlich verschlechtert. Andere Länder wie Irland oder die USA haben erfolgreich Gegensteuer gegeben. Nun versucht es seit vorgestern auch unsere Regierung. Bis 2015 will man den Haushalt um 8.5 Milliarden oder knapp 10% entlasten und so die Staatsquote stabilisieren. Ehrevoll, aber nicht ausreichend. Und auch ziemlich mutlos, denn im letzten Herbst wollte man noch 20% einsparen, einzelne Bundesräte sogar bis 40%.

Im Eidgenössischen Staatskalender sind alle verzeichnet, die im Bund Rang und Namen haben. 827 bedruckte Seiten zählte die Ausgabe 2004, so viele wie noch nie. 1849 kam er gerade mal auf 30 Seiten. Die Geschichte des Staatskalenders ist die der Ausgabenausweitung des Bundes. Bei seiner Gründung war der Bundesstaat extrem schlank. Die Eidgenössischen Staatskalender sind Traumlektüren für Liberale und Staats skeptiker: eine Steuerverwaltung suchte man in diesen Jahren vergeblich. Und es vermisste sie auch niemand.

Damit sind wir bei der 3. Ursache der Misere angelangt:

3. Den Steuern

Heute verfügt die Schweiz immer noch über ein recht vernünftiges Steuerniveau. Allerdings fragt sich, wie lange noch. Die Schweiz kann es sich nicht mehr leisten, bloss bestehende Steuervorteile zu verteidigen. Die neuen EU-Mitgliedsländer in Mittel- und Osteuropa haben mit oft radikalen Steuerkonzepten eine Reformwelle ausgelöst, die inzwischen auch nach Westeuropa übergeschwappt ist. Die Slowakei führte den Einheitssteuersatz von 19% für alle Steuerarten ein: für die Gewinnsteuer, die Mehrwertsteuer, die Einkommenssteuer. Unter Zugzwang, senkte Österreich den Gewinnsteuersatz von 34% auf 25%. Gemäss neusten Berichten ist das Reformfieber auch in den Benelux-Staaten ausgebrochen. Mit einem durchschnittlichen Gewinnsteuersatz von 24% ist die Schweiz zwar noch vorne dabei, aber es bewegt sich kaum etwas.

Referat Dr. Rolf Schäuble
Präsident des Verwaltungsrats

Erschwerend tritt hinzu, dass in diesem Sektor von offizieller Seite mit falschen Karten gespielt und der Öffentlichkeit eine falsche Lage vorgegaukelt wird. Gemäss einer Analyse des Wirtschaftsverbandes "economiesuisse" betrug die Fiskalquote, gemessen in Prozenten des BIP, im Jahr 2003 ganze 42.4%, massiv über dem Wert der OECD-Länder mit 36.3%. Die sogenannte "offizielle" Zahl für die Schweiz beträgt 29.5%. Die Differenz stammt aus den in der offiziellen Statistik nicht mitgerechneten Zwangsabgaben wie die BVG-Sozialversicherungsbeiträge, die obligatorischen Krankenkassenprämien, die Beiträge an die Unfallversicherung und die Familienausgleichskassen.

Es besteht also hinsichtlich Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Steuersystems höchste Alarmstufe.

Das schweizerische Steuersystem muss drastisch vereinfacht werden, nach dem Vorbild der "Flat Tax", die in der Slowakei mit Erfolg praktiziert wird. Damit verschwindet der durch das intransparente, ungerechte und komplizierte Steuersystem völlig aufgeblähte Verwaltungsapparat weitgehend. Und trotz des dannzumal tieferen Steuersatzes fliesst netto mehr Geld in die Staatskasse.

Über die sogenannten Reichen mag man denken, was man will. Man muss sie ja nicht mögen. Dass sie – in welchem Steuersystem auch immer – dankbare Steuersubjekte sind, kann man hingegen nicht bestreiten. Dies gilt insbesondere für die aktuelle Diskussion um die "degressive Besteuerung", in der gerne der Kanon von den Steuergeschenken gesungen wird. Jene, die so denken, müssten sich überlegen, wer in unserem Land wie viel an Steuereinnahmen leistet, so etwa über die direkte Bundessteuer oder bei der AHV. Und man müsste sich folgerichtig auch darüber klar werden, wer die Steuerauffälle berappen würde, wenn einigen sogenannten Reichen die Hatz auf ihre Person zuviel wird.

Eine weitere Forderung besteht darin, die Unternehmenssteuerreform zügig voran zu treiben. Hier muss der zentrale Massstab darin bestehen, Wachstum zu fördern und die Ansiedelung neuer Unternehmen in zukunftsfähigen Branchen zu erleichtern. Der Steuerwettbewerb unter den Kantonen muss dabei unbedingt beibehalten werden. Zu hinterfragen sind indessen die Bundessteuer, die eigentlich eine Reichtumssteuer ist, und das heutige System der Mehrwertsteuer, das selbst für ausgebuffte Experten zu kompliziert geworden und für die Klein- und Mittelbetriebe nicht mehr zu bewältigen ist.

Referat Dr. Rolf Schäuble
Präsident des Verwaltungsrats

In einem 4. Punkt wende ich mich der

Liberalisierung des Binnenmarktes zu

Ich habe schon letztes Jahr gefordert, dass der Binnenmarkt konsequent entrümpelt und liberalisiert werden muss. Leider kommt die Revision des Binnenmarktgesetzes nur zähflüssig voran.

Statt die Zahl der Vorschriften abzubauen, nehmen diese zu. In den letzten 15 Jahren hat sich der Umfang der "Amtlichen Sammlung des Bundesrechts" verdoppelt. Seit Ende 1998 wächst die Zahl der Seiten jedes Quartal um durchschnittlich über 1000 Seiten. Alleine im Jahr 2004 kamen 5'484 Seiten dazu.

Für die Liberalisierung fordere ich die drastische Reduktion der Subventionen und Umverteilungen. Die Abstimmung über Schengen/Dublin hat klar gezeigt, dass die Schweiz in der Frage der Öffnung des Landes gespalten ist.

Zu den häufigsten Neinsagern gehören dabei Kantone, deren Budget zu einem wesentlichen Teil aus Transferleistungen des Bundes stammt.

Liberalisierungsbedarf gemäss OECD und SECO gibt es auch in unserer Branche bei den kantonalen Gebäudeversicherungsmonopolen und der SUVA. Sie verstehen, dass ich mich als direkter Konkurrent dazu nicht äussere.

Referat Dr. Rolf Schäuble
Präsident des Verwaltungsrats

Ich komme zum letzten Reformpunkt, der dringendst einer Lösung harret:

5. Zur Sozialpolitik

Die Ausgaben für die Sozialwerke betragen im letzten Jahr 100 Milliarden. Bis im Jahr 2030 dürften sie auf 143 Milliarden steigen. Die Soziallastquote wird – unter Berücksichtigung des Wirtschaftswachstums – von 22.6% auf 25.6% ansteigen. Diese Ausgaben wachsen stärker als die Wirtschaft.

Allgemein herrscht die Meinung vor, man müsse die Quote stabilisieren. Mit der Berücksichtigung der 11. AHV-Revision und der jetzt laufenden 5. IV-Revision kann die Last bis 2030 lediglich um 0.3% gesenkt werden. Dies ist viel zu wenig – und es wird auch nicht reichen, die Quote nur zu stabilisieren. Bei der AHV übersteigen die Ausgaben die Beiträge. Es wird nicht anders gehen, als die AHV-Leistungen drastisch zu kürzen. Denn mehr Beitragszahler kann niemand aus dem Hut zaubern. Und auch die Wirtschaft wird wegen der zunehmenden Alterung der Bevölkerung tendenziell weniger stark wachsen, wenn nicht ein massiver Produktivitätsschub passiert.

Die Kosten des Gesundheitswesens steigen, einem Naturgesetz gleich, seit 40 Jahren stetig an. Sie beliefen sich im Jahr 2004 auf über 50 Milliarden. In vier Jahrzehnten hat sich der Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandprodukt von 5% auf über 11% erhöht. Im gleichen Zeitraum haben sich die Gesundheitsausgaben pro Kopf vervierfacht. Ein guter Teil dieser Ausgaben wird über Steuern finanziert. Hier gilt das Sankt Florians Prinzip: Jeder bedient sich. Heute werden bereits über 40% der Haushalte unterstützt; in wenigen Jahren wird die Mehrheit Prämienverbilligungen beziehen. Dies ist der Übergang in ein steuerfinanziertes Gesundheitswesen. Massgeblich verantwortlich für diesen Schlamassel ist Alt Bundesrätin Dreifuss, die sich heute gerne als "humanitäres Gewissen der Schweiz" positioniert.

Meine Damen und Herren

Die Schweizer sind ein glückliches Volk. Und man jammert hierzulande gerne über die Chinesen und die Inder und die Osteuropäer. "Hilf dir selbst, so hilft dir Gott", heisst ein treffender Wahlspruch. Die Besserung beginnt vor der eigenen Haustür. Er sollte vorab die politischen Behörden aufrütteln, aus der Passivität herauszutreten. Wir müssen, als Programm, mit erster Priorität die folgenden Themen angehen:

Referat Dr. Rolf Schäuble
Präsident des Verwaltungsrats

- Kostensenkung und Effizienzsteigerung der Volkswirtschaft durch Entrümpelung der Struktur und Abschneiden der Sozialstaats-Hydra
- Senkung der Steuern und Vereinfachung des Steuersystems
- Drastische Entschuldung aller politischer Ebenen
- Liberalisierung des Marktes
- Förderung des Bildungs- und Forschungsstandortes Schweiz durch Bündelung der knappen Ressourcen

Geschätzte Aktionärinnen und Aktionäre

Ich schliesse mit den Reflexionen von Milton Friedman:

"Wenn der Hahn kräht und die Sonne aufgeht, würde niemand glauben, dass das Federvieh dafür verantwortlich sei."

Gleich dem Hahn fühle ich mich als unermüdlicher Promoter für eine deregulierte, liberale und leistungsfähige Schweiz. Aber ob das der Grund für irgendwelche Veränderungen sein wird?

Denken Sie daran: Für die Abschaffung des Ständemehrs braucht es ein Ständemehr. Sie wissen, was ich meine.

Ich übergebe nun an Frank Schnewlin für den vertieften Einblick in den Jahresabschluss 2005 und die operativen Prioritäten der Bâloise.